



Foto: ddp

*Angela Merkel:
Wir wissen,
dass unsere Ge-
sellschaft vor
großen Heraus-
forderungen
steht. Und wir
wissen, dass es
wichtig ist, dass
wir eine neue
bürgerliche Ge-
sellschaft in un-
serem Lande
schaffen, eine
Gesellschaft, in
der jeder Ein-
zelne bereit ist,
Initiative zu er-
greifen und
Verantwortung
zu übernehmen.*

Angela Merkel: Wir verstehen uns als **Wächter**

„Jeder wird drauf zahlen. Die Menschen kommt die Wahl teuer zu stehen: 200 Euro im Monat Mehrbelastung für jede deutsche Durchschnittsfamilie mit zwei Kindern und 30.000 Euro Einkommen.“

„So konkret ist die Wahrheit!“ hält die Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Gerhard Schröder vor. Er trage schwer an der

Erblast von vier Jahren Rot-Grün und nehme die Wirklichkeit nicht mehr wahr.

Es ist deshalb gut, antwortet Angela Merkel auf die Regierungserklärung des Kanzlers am 29. Oktober im Deutschen Bundestag, „dass es uns gibt“: die Opposition, die sich „als Wächter im Sinne der Menschen dieses Landes“ versteht.

Fortsetzung Seite 2



Rechtzeitig zum Parteitag das neue Gesamtangebot. Es wird ab sofort auch allen Lieferungen des IS-Versandzentrums Bertelsmann in Versmold beigelegt.
Innenteil

■ Dietrich Austermann: Rot-Grün kostet die Bürger über 100 Mrd. Euro (Seite 4) ■ Annette Widmann-Mauz: Rot-Grün setzt falsche Signale in der Frauenpolitik (Seite 5) ■ Maria Eichhorn: Rot-Grün lässt die Senioren im Stich (Seite 6) ■ Christian Schmidt: Struck von Schröder und Eichel ausgetrickst? (Seite 7) ■ CDU/CSU-Fraktion: Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsausschüsse – Vorsitzende der Arbeitsgruppen – Die Parlamentarischen Geschäftsführer (Seite 8/9) ■ Hans-Gert Pöttering: Vertrauensverhältnis zu Präsident Prodi stark angeschlagen (Seite 12/13) ■ Philipp Mißfelder löst im Vorsitz Hildegard Müller ab. Deutschlandtag der JU (Seite 14/15) ■ Bei Integrationspolitik läuft Rot-Grün der hessischen Entwicklung hinterher (Seite 18) ■ Christian Wulff dankt für Verdienste an den Nächsten (18) ■ CDA und FU Bremen im Netz (Seite 19)

IMPRESSUM



CDU und CSU stehen für Verlässlichkeit

Fortsetzung von Seite 1

Um die großen Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen, sei die Union bereit, „mit den Menschen einen Vertrag zu schließen“ und „die schöpferischen Kräfte in diesem Land zu wecken“.

CDU und CSU stehen für „Verlässlichkeit“. Der Bundeskanzler dagegen nehme nicht einmal „die Menschen richtig ernst“ und habe keine Idee, kein Konzept, wie er und seine Regierung auf die Zukunftsfragen antworten sollen.

Für „Enttäuschung, Täuschung und Vertuschung“ stehe die rot-grüne Koalitionsvereinbarung vom 16. Oktober. Die Koalition habe deshalb allen Grund, die Quittung dafür bei den Landtagswahlen in Hessen und in Niedersachsen Anfang nächsten Jahres zu fürchten.

Um so unverzüglicher müsse Schröder für seine Regierung mitteilen, welche

Pläne sie heute bereits für den Zeitpunkt nach den Wahlen am 2. Februar ■ beim Ehegattensplitting, ■ dem Sparerfreibetrag, ■ der Entfernungspauschale, ■ der Mehrwertsteuer und ■ der Besteuerung von Lebensversicherungen in der Schublade habe.

Auf „Verteuerung“ – nicht auf „Erneuerung“ – laufe ohnehin alles hinaus, was die Regierung beschließt und womit sie sich in den nächsten vier Jahren „irgendwie von Ereignis zu Ereignis hangeln“ werde – mit einer „Politik ohne Grundsätze“ und genau dem Gegenteil von verlässlicher und verantwortungsbewusster politischer Führung, die für die dringend notwendigen Veränderungen in diesem Land Orientierung, Maßstäbe und Richtung geben müsste.

[http://](http://www.cdu.de)

Wortlaut der Rede:
www.cdu.de

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhofstr. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egernannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Proffittich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Schlussfolgerung: Rot-Grün macht arm

„Sie wissen, Herr Bundeskanzler, es gibt eine Erblast, und Sie tragen schwer daran, aber es ist ihre eigene Erblast, die rot-grüne Erblast, die Deutschland bremsen und Wachstum unmöglich macht.“

„Man hätte sich gewünscht, dass Sie nach der mit Ach und Krach gerade so gewonnenen Bundestagswahl diesmal richtig durchstarten.“

„Sie wollen *Erneuerung – Gerechtigkeit – Nachhaltigkeit* mit einem Kabinett, das insgesamt an Lebensalter auf 800 Jahre kommt, durchsetzen. Ich würde sagen: So alt waren Aufbruch und Erneuerung selten in Deutschland.“

„Die Belastungen, von denen Sie behaupten, sie seien gerecht und maßvoll, treffen

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, alle Autofahrer und insbesondere die Pendler, die, die Lebensmittel einkaufen, die Leistungsträger – Facharbeiter, Gesellen, diejenigen, die Über-

Zitate aus der Rede der Fraktions- vorsitzenden

stunden machen –, die Mieter, diejenigen, die für ihr Altersvorsorge Wertpapiere gekauft haben, und ganz besonders die Bauern.“

„Die schlichte Schlussfolgerung: Rot-Grün macht arm und – noch schlimmer: Rot-Grün bietet den Menschen überhaupt keine Aussicht, wie in diesem Lande Wachstum und damit wieder mehr Beschäftigung entstehen können.“

„Wir wissen, dass unsere

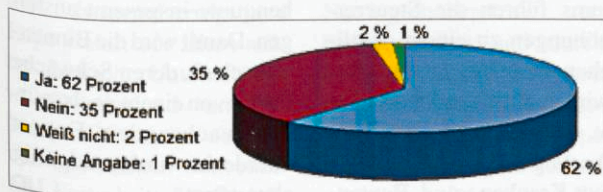


Generalsekretär Laurenz Meyer zur Regierungserklärung des Bundeskanzlers: „Kein Aufbruch, kein Feuer, nichts! Keine Perspektiven! Sie wissen nicht, wohin sie wollen, oder sie vertuschen es.“

Gesellschaft vor großen Herausforderungen steht. Und wir wissen, dass es wichtig ist, dass wir eine neue bürgerliche Gesellschaft in unserem Lande schaffen, eine Gesellschaft, in der jeder Einzelne bereit ist, Initiative zu ergreifen und Verantwortung zu übernehmen. Wir sind bereit, mit den Menschen genau in diesem Sinne einen Vertrag zu schließen.“

FRAGE: Fühlen Sie sich von der rot-grünen Regierung im Wahlkampf getäuscht, nachdem erst jetzt das tatsächliche Ausmaß der Defizite im Bundeshaushalt bekannt geworden ist und Steuern wie Abgaben erhöht werden?

Quelle: dimap



Rot-grüne Koalition kostet die Bürger über **100 Milliarden** Euro

Zu den finanziellen Auswirkungen der rot-grünen Koalitionsvereinbarung erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die Koalitionsvereinbarung wird die Bürger und Unternehmen in den nächsten vier Jahren mit insgesamt 103,2 Mrd. € belasten. Hier-von entfallen 34,9 Mrd. € auf Kürzungen bei den Ausgaben des Bundes und 68,3 Mrd. € auf Steuererhöhungen; zusätzliche Steuererhöhungen ab 1. Januar 2003, die bereits beschlossen wurden, sind in diesen Zahlen nicht enthalten.

Unter Einbeziehung der Ökosteuer und aller sonstigen zwischenzeitlichen Steuererhöhungen ergibt sich damit, dass das gesamte Entlastungsvolumen der so genannten „großen Steuerreform“ durch neue Steuern und Steuererhöhungen an anderer Stelle gegenfinanziert worden ist. Diese Betrachtung unterstellt zugunsten der Bundesregierung, dass es in dieser Legislaturperiode zur Umsetzung der noch offenen Teilschritte der Steuerreform überhaupt kommt.

Steuermeinnahmen (Bund, Länder, Gemeinden)	2003	2004	2005	2006
- Einkommenssteuer	0,9	3,1	4,7	5,9
- Umsatzsteuer	2,8	3,3	2,9	2,9
- Mineralöl-/Stromsteuer	1,9	1,9	1,9	1,9
- Unternehmensbesteuerung	1,5	6,9	13,6	11,5
Steuerbelastung (für Bürger u. Unternehmen)	6,9	16,1	23,1	22,2
Summe der Mehrbelastungen 2003 - 2006				68,3
Ausgabenkürzungen Bund				
- Bundesanstalt f. Arbeit	- 4,0	- 1,7	-	-
- Arbeitslosenhilfe	- 2,3	- 5,1	- 5,0	- 5,0
- Rentenversicherung	- 1,0	-	- 0,2	- 0,2
- „Wunschliste Koalition“	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4
- Einsparungen im Haushaltsverfahren	- 0,4	- 1,0	- 4,0	- 6,6
Minderausgaben Bund	- 7,4	- 7,4	- 8,8	- 11,3
Summe der Minderausgaben 2003 - 2006				34,9
Belastung d. Bürger aufgrund Koalitionsvereinbarung	14,3	23,5	31,9	33,5
Summe der Belastungen 2003 - 2006				103,2

Angesichts des schwächlichen Wirtschaftswachstums führen die Steuererhöhungen zu einem deutlichen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Steuerquote. Da gleichzeitig auch ein Anstieg der Beitragssätze zur Kranken- und Renten-

versicherung bevorsteht, wird die Steuer- und Abgabenquote insgesamt ansteigen. Damit wird die Binnenwirtschaft, deren Schwäche bisher von einem noch spürbar wachsenden Export überdeckt wurde, endgültig abgewürgt.

Rot-grüne Koalition setzt **falsche Signale** in der Frauenpolitik

Zur Koalitionsvereinbarung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen erklärte die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die Koalitionsvereinbarung von Rot-Grün ist gerade aus frauenpolitischer Sicht mehr als enttäuschend. Ein „Weiter so!“ kann in der Frauenpolitik jedenfalls keine wirklichen Fortschritte bringen.

Frauen in der Arbeitswelt

Ein Mehr an Bürokratie und gesetzliche Knebelregelungen für die Privatwirtschaft: Das versteht Rot-Grün unter frauenpolitischen Reformvorhaben. Gesetzliche Regelungen zur Gleichstellung von Frauen in der Privatwirtschaft sind jedoch – egal wie flexibel – gerade vor dem Hintergrund der besorgniserregenden Lage vieler, vor allem mittelständischer Unternehmen in Deutschland unangebracht. Die Union fordert, den unbestritten notwendigen Fortschritt für Gleich-

stellung und Familienfreundlichkeit in der Wirtschaft nicht mit weiteren bürokratischen Vorschriften zwangsweise zu verordnen, sondern vielmehr verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, die in der Wirtschaft, bei Kammern, Verbänden und Gewerkschaften vorhandenen Kompetenzen auf diesem Gebiet zu stärken und auszubauen.

Keine nachhaltige Bekämpfung der Frauenarbeitslosigkeit

Wie die rot-grüne Koalition die Frauenarbeitslosigkeit nachhaltig bekämpfen will, bleibt offen. Die Koalitionsvereinbarung geht über allgemeine Phrasen nicht hinaus. Kein Wunder: Mit den rot-grünen Ansätzen zur Reform des Arbeitsmarktes ist zu befürchten, dass Frauen auf Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich verbannt werden und durch Maßnahmen, die Männer auf dem Arbeitsmarkt bevorzugen, wie bei der im Hartz-Konzept angeregten vorrangigen Vermittlung von Fa-

milienvätern in offene Stellen, weiter auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt bleiben.

Finanzielle Ungerechtigkeit für Familien

Familien werden von Rot-Grün mit immer höheren Steuern belastet. Dies bedeutet: Katastrophale Aussichten für Frauen und Familien in Deutschland. Die von der Union mit dem Familiengeld angestrebte finanzielle Gerechtigkeit für Familien rückt in weite Ferne. Familienarbeit von Frauen und Männern wird nicht angemessen honoriert und anerkannt.

Keine Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebensentwürfe von Frauen

Die Koalitionsvereinbarung macht deutlich, dass Rot-Grün Frauen vorschreiben will, wie sie leben sollen. Das ausschließliche Ideal der erwerbstätigen Frau wird gepflegt, Familienfrauen kommen im rot-

grünen Weltbild nicht vor. Die daraus folgenden Ungerechtigkeiten für Frauen bei der Rente bleiben unausgeräumt.

Rot-Grün lässt die Senioren im Stich

Zu wenig Perspektiven in der Frauengesundheit

Das Vorhaben, eine geschlechterdifferenzierte Gesundheitsvorsorge und -versorgung durchzusetzen, ist zunächst begrüßenswert. Dass Ministerin Schmidt mit diesem Vorhaben jedoch mehr als überfordert ist, hat ihr unprofessionelles Vorgehen bei der Umgestaltung der Brustkrebsversorgung mit den Disease Management Programmen gezeigt. Leider konnten bislang keine Verbesserungen für Frauen mit Brustkrebs erreicht werden, obwohl dies möglich gewesen wäre.

Dies gilt auch für andere frauenspezifische Problemfelder in der Gesundheitspolitik. Die Union hat in diesem Bereich Maßstäbe gesetzt und mit ihrem Einsatz die Bundesregierung zum Handeln bewegt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird die Entwicklungen in diesem Bereich weiter kritisch verfolgen, wichtige Initiativen einbringen und weitere Fehlentwicklungen zu verhindern suchen. **UD**

Zu den Vereinbarungen des Koalitionsvertrages und den Folgen für die Senioren erklärte die Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

In Deutschland verändert sich die Alterspyramide massiv. Durch Fortschritte in Medizin und durch verbesserte Lebensbedingungen werden immer mehr Menschen immer älter. Diesem Umstand muss eine verantwortungsvolle Regierung Rechnung tragen. Doch davon sind die Koalitionsvereinbarungen weit entfernt.

In der Präambel behauptet die Koalition, sie würde ihre Politik an der Generationengerechtigkeit ausrichten. Es finden sich aber keine nennenswerten Verbesserungen zugunsten der älteren Generation. Die Jungen jedoch müssen mit immer weiteren Belastungen rechnen. Von einem Interessenausgleich kann keine Rede sein, genauso wenig wie von einer Lösung der Frage, wie der Generationenvertrag weiter geschrieben werden soll.

Ebenso fehlen Lösungen zu der Herausforderung, ältere Menschen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren oder vor Arbeitslosigkeit zu schützen. Die ältere Generation kann ihre Lebenserfahrung gewinnbringend für alle in den Arbeitsprozess oder auch im Zuge von ehrenamtlichem Engagement zur Verfügung stellen. Altersforscher fordern, dass 65-Jährige die Möglichkeit erhalten sollten, weiterzuarbeiten, wenn sie dies wollen.

Vorbild: das Familienkonzept der Union

Der demographischen Herausforderung ist durch die Erarbeitung des „Nationalen Aktionsplans“, einer Verpflichtung der Vereinten Nationen, keinesfalls genüge getan. Wie die demographischen Herausforderungen bewältigt werden sollen, bleibt offen. Antwort ist auch eine vernünftige Familienpolitik, so wie sie die CDU/CSU mit ihrem Familienkonzept gegeben hat. Um die sozialen Sicherungssysteme in Zukunft finanzieren

CHRISTIAN SCHMIDT:

Struck von Schröder und Eichel **ausgetrickst?**

zu können, ist es notwendig, Deutschland zu einem kinder- und familienfreundlichen Land zu gestalten.

Die Folgen des Koalitionsvertrages sind auch für die pflegebedürftigen Senioren negativ. Zwar verspricht Rot-Grün erneut, wie auch in der letzten Legislaturperiode, ein Altenhilfestrukturgesetz zu erlassen. Damals ist es gescheitert, nicht zuletzt weil die rechtlichen Strukturen nicht geklärt waren. Für das „Ambulante Dienst-Gesetz“ ist mit der gleichen Kontroll- und Regularienwut wie seinerzeit beim Heimgesetz zu rechnen. Damit gefährdet Rot-Grün viele Arbeitsplätze und Unternehmen des Mittelstandes aus dem Bereich der ambulanten Pflegedienste.

Dringend erforderlich ist ein schlüssiges Konzept für die Versorgung Demenzkranker. Bereits in der letzten Wahlperiode wurden pflegende Angehörige und Demenzkranke mit Minimalbeiträgen abgespeist sowie durch die Verschlechterung der pflegerischen Rahmenbedingungen noch stärker belastet. Hier muss schnell eine tragbare Lösung gefunden werden!

Der Koalitionsvertrag bleibt die Antwort auf die drängenden Fragen in der Seniorenpolitik schuldig. **UD**

Zu den bekannt gewordenen Plänen der Bundesregierung, dem Verteidigungshaushalt 500 Millionen Euro zu entziehen und die Truppenstärke weiter zu dezimieren, erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Unter Struck gewinnt die Talfahrt der Bundeswehr offenbar unaufhaltsam an Geschwindigkeit. Der Verteidigungsminister scheint nicht in der Lage, die notwendigen Strukturverbesserungen für die Streitkräfte im Kabinett durchzusetzen. Schlimmer noch: Struck läuft Gefahr, von Schröder und Eichel ausgetrickst zu werden.

Selbstüberschätzung kaum zu überbieten

Ende August trat Struck noch mit breiter Brust vor die Offiziere der Führungsakademie der Bundeswehr und prahlte mit seinen guten Beziehungen zu den Haushältern der Koalitionsfraktionen. Da könnten auch noch kleine Verbesserungen für seinen Etat herauspringen.

Das Maß an Selbstüberschätzung ist kaum zu überbieten. Noch nach der Koalitionsvereinbarung war Struck sicher, dass die mittelfristige Finanzplanung fortgeschrieben werde. Stattdessen versucht Eichel, Struck auszutricksen.

Bundeswehr weiterhin nur eine Nebenrolle

Nach Eichels Lesart sollen wohl die Mittel aus dem Anti-Terrorprogramm in Höhe von 767 Mio. Euro nicht mehr in vollem Umfang Bestandteil des Verteidigungsetats und seiner mittelfristigen Finanzplanung sein. Die Bundeswehr soll deshalb ca. 500 Millionen Euro zusätzlich einsparen. Bundeskanzler Schröder und sein Finanzminister wollen sich offenbar auch nicht mehr an ihre Zusagen noch im Sommer diesen Jahres erinnern, den Verteidigungsetat von 24,4 Milliarden Euro in den kommenden Jahren nicht anzutasten. Struck macht nun wie sein Vorgänger Scharping die Erfahrung, welchen Wert Zusagen des

Bundeskanzlers und des Finanzministers für die Bundeswehr haben. Die Bundeswehr wird unter Rot-Grün weiterhin nur eine Nebenrolle spielen und auch künftig den Preis für die desolote rot-grüne Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu zahlen haben.

Einstieg in den Ausstieg vorprogrammiert

Mit der offenbar im Verteidigungsministerium geplanten weiteren Verringerung des Personalumfangs und einer weiteren, schleichenden Aushöhlung der Wehrpflicht ist der Einstieg in den Ausstieg aus der Wehrpflicht entgegen Strucks Beteuerungen vorprogrammiert. Eine glaubwürdige und flexible Wehrpflicht ist aber notwendig, um die vielfältigen und vor allem international gewachsenen Aufgaben der Bundeswehr weiter erfüllen zu können.

Die CDU/CSU fordert Verteidigungsminister Struck auf, die Kürzungsdebatte für die Bundeswehr innerhalb des Kabinetts und der rot-grünen Regierungskoalition zu beenden. Auftrag und Mittel stehen ohnehin schon lange nicht mehr im Einklang. **UD**

Ausschüsse des Deutschen Bundestags

In der Fraktionssitzung am 23. Oktober wurden zu Ausschussvorsitzenden bestimmt:

Volker Rühle
Auswärtiger Ausschuss

Manfred Carstens
Haushaltsausschuss

Andreas Schmidt
Rechtsausschuss

Peter Rauen
Sportausschuss

Matthias Wissmann
Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union

Eduard Oswald
Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Aufbau Ost

Ernst Hinsen
Ausschuss für Tourismus

Rudolf Kraus
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Zu Stellvertretenden Ausschussvorsitzenden

wurden folgende Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bestimmt:

Thomas Strobl
Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

Hartmut Büttner
Innenausschuss

Max Straubinger
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit

Thomas Kossendey
Verteidigungsausschuss

Walter Link
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Wolfgang Zöllner
Ausschuss für Gesundheit und soziale Sicherung

Ulrich Petzold
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Peter Gauweiler
Ausschuss für Kultur und Medien

Arbeitsgruppen der Bundestagsfraktion

In der Fraktionssitzung am 23. Oktober wurden zu Vorsitzenden der Arbeitsgruppen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt:

Norbert Röttgen
für den Bereich Recht

Hartmut Koschyk
für den Bereich Innen

Karl-Josef Laumann
für den Bereich Wirtschaft und Arbeit

Dagmar Wöhl
wirtschaftspolitische Sprecherin

Peter Harry Carstensen
für den Bereich Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

Dirk Fischer
für den Bereich Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Aufbau Ost

Günter Nooke
für den Bereich Kultur und Medien

Michael Meister
für den Bereich Finanzen

Dietrich Austermann
für den Bereich Haushalt

Andreas Storm
für den Bereich Gesundheit und soziale Sicherung

Annette Widmann-Mauz
gesundheitspolitische Sprecherin

Friedbert Pflüger
für den Bereich Auswärtiges

Christian Schmidt
für den Bereich Verteidigung

Peter Hintze
für den Bereich Angelegenheiten der Europäischen Union

Christian Ruck
für den Bereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Katherina Reiche
für den Bereich Bildung und Forschung

Peter Paziorek
für den Bereich Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Maria Eichhorn
für den Bereich Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Klaus Brähmig
für Tourismus

Klaus Riegert
für Sport und Ehrenamt

Hermann Gröhe
für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Die Parlamentarischen Geschäftsführer

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer:
Volker Kauder

Stellvertreter des Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers:
Peter Ramsauer

Parlamentarische Geschäftsführer:

- **Ilse Falk**
- **Manfred Grund**
- **Eckart von Klaeden**

Bis zum 30. November 2002 muss **neu gewählt** werden

WAHLAUFRUF

Bis 30. November 2002 werden neue Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) gewählt. Wahlberechtigt sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bis zum 18. Lebensjahr sowie Auszubildende bis zum 25. Lebensjahr. In fast 500.000 Betrieben sind rund 1,5 Millionen junge Männer und Frauen aufgefordert, ihre Interessenvertretung zu wählen.

Die Arbeitswelt ist im Umbruch: Die Globalisierung und der Wandel zur Wissensgesellschaft bieten vielfältige Chancen für Arbeitnehmer und Betriebe. Gleichzeitig kommen auf die Jugend- und Auszubildendenvertretungen viele neue Herausforderungen zu. In dieser Situation steigt die Verantwortung der jungen Arbeitnehmervertreter.

Die JAV vertritt die Interessen der Jugendlichen und der Azubis im Betrieb gegenüber dem Arbeitgeber und arbeitet dabei eng mit dem Betriebsrat zusammen. Dazu gehört, sicherzustellen,

dass die Qualität der Ausbildung stimmt und die Ausbildung insgesamt allen gesetzlichen und tarifvertraglichen Regelungen entspricht. Außerdem geht es um die Frage der Übernahme in ein Arbeitsverhältnis nach Abschluss der Berufsausbildung.

Die Jugend- und Auszubildendenvertretungen haben verantwortungsvolle Aufgaben: Interessen bündeln, verhandeln, Kompromisse schließen, für eine Sache kämpfen, aber auch Niederlagen einstecken. Diese Arbeit trainiert fürs „richtige Leben“. Die JAV ist zugleich ein Übungsfeld für praktische Demokratie, das man als Jugendlicher selbst gestalten kann. Wir brauchen junge Menschen mit Biss, die das tun wollen.

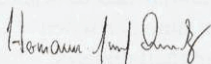
Wir fordern deshalb alle jungen Menschen in den Betrieben auf, sich an den JAV-Wahlen zu beteiligen! Sich zusammenschließen, bessere Arbeitsbedingungen ausan-

nehmen, sich wehren – das lohnt sich! Und am besten geht dies zusammen mit einer starken JAV. Dort, wo bislang keine JAV existiert, dies aber möglich ist, wollen wir Jugendlichen Mut machen, eine neue JAV zu bilden!

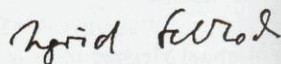
Zur Mitbestimmungsidee gehört auch die Jugendvertretung

Die CDA hat die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland wesentlich mitgestaltet durch die gesetzliche Ausgestaltung der Mitbestimmungsidee, zu der auch die Jugend- und Auszubildendenvertretung gehört.

Nur wenn sich junge Leute für die Rechte ihrer Kolleginnen und Kollegen engagieren, kann die Mitbestimmung auch in der Zukunft Wirkung zeigen. Deshalb sind für uns JAV-Wahlen genau so wichtig wie die Wahlen zu den Parlamenten.



Hermann-Josef Arentz
Bundesvorsitzender



Ingrid Sehrbrok
Stellv. Bundesvorsitzende

75 PROZENT der Deutschen erwarten, dass sie durch die Beschlüsse der rot-grünen Koalition bald weniger Geld in der Tasche haben werden. Nur 21 Prozent glauben das nach einer Emnid-Umfrage nicht.

DIE „GEFÜHLTE Inflation“ entfernt sich im Geltungsbereich des Euro immer weiter von der tatsächlichen Preisentwicklung. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat seit Einführung des Euro-Bargelds im Januar dieses stetig zunehmende Auseinanderklaffen zwischen den beiden Werten festgestellt. Mit fünf Prozent Inflation hat die subjektiv empfundene Geldentwertung im August ihren Höhepunkt erreicht.

AUF REKORDHÖHE sind im vergangenen Jahr die Verwaltungskosten bei den gesetzlichen Krankenkassen gestiegen: auf 7,6 Milliarden Euro. Seit 1989 bedeutet das einen Anstieg um mehr als 50 Prozent allein in den alten Bundesländern.

EIN SCHADEN in Höhe von 4,5 Mio. Euro ist der Hansestadt Hamburg durch Sozialbetrug entstanden. Hamburg hat als erstes Bundesland alle Sozialhilfeempfänger überprüfen lassen und

dabei insgesamt 2.791 Betrugsfälle aufgedeckt. Rund 2,4 Prozent der 117.000 Sozialhilfeempfänger haben zum Teil über mehrere Jahre zu Unrecht Geld erhalten. Künftig soll der Datenabgleich, der zur Aufdeckung des Betrugs führt, in jedem Quartal stattfinden und der Stadt Einsparungen in Höhe von 600.000 Euro bringen.

BEI STEIGENDER Sparquote – mit 10,2 Prozent oder 158 Milliarden Euro höchster Wert seit der Wiedervereinigung – ist das Aktienvermögen der Deutschen einer Studie des Bundesverbands Volks- und Raiffeisenbanken zufolge im vergangenen Jahr um 100 Milliarden Euro zusammengeschmolzen.

AUF DAS KONTO sächsischer Firmen geht jede zweite der insgesamt 2000 neuen Vollzeitstellen, mit denen die ostdeutsche Wirtschaft in den Jahren 1999 bis 2001 ihr Industrieforschertpotenzial erhöht hat. Wieder Verband innovativer Unternehmen (VIU) mitteilte, kommen weitere 500 Teilzeitarbeitsplätze in Kleinstfirmen hinzu. Zur Zeit arbeiten in den neuen Bundesländern 24.600 FuE-Beschäftigte – ein Rekordwert nach der Wende.

IMMER WENIGER Besucher bei Konzerten im Populär- und Klassik-Musikbereich registriert der Deutsche Musikrat. Deshalb setzt sich der Dachverband aller Musikorganisationen in Deutschland unter anderem dafür ein, dass die Neufestsetzung der Geräte- und Leercassettenabgabe mit einem „Kulturpfennig“ verbunden wird, der über eine Stiftung der Förderung musikkultureller Bildung zufließen soll. Der Deutsche Musikrat vertritt nach eigenen Angaben mehr als acht Millionen Menschen.

DAS RISIKO, dass eine Ehe geschieden wird, sinkt pro Jahr um vier Prozent, wenn das Heiratsalter steigt. Diese Formel hat Professor Michael Wagner vom Forschungsinstitut für Soziologie in Köln errechnet. Früher, die vor dem 21. Lebensjahr geschlossen werden, sind danach mit einem besonders hohen Scheidungsrisiko behaftet. Deutlich stabilisierenden Einfluss auf die Ehe hat die katholische Morallehre.

NEUER Vorstandschef der Dualen System AG (DSD) soll Hans-Peter Repnik werden. Der Aufsichtsrat bestellte ihn mit Wirkung zum 1. Januar.

UD

Das Vertrauensverhältnis zu Präsident Prodi ist **stark angeschlagen**

Der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, hat zu den Äußerungen von EU-Kommissionspräsident Romano Prodi zum EU-Stabilitätspakt Stellung genommen. Zwar denke die EVP-ED-Fraktion derzeit nicht an einen Misstrauensantrag gegen den Kommissionspräsidenten, sagte Hans-Gert Pöttering am 22. Oktober im *Deutschlandfunk*. Das Vertrauensverhältnis zu Prodi sei jedoch „stark angeschlagen“.

Sie hatten Prodi nach seiner verbalen Abwertung des Stabilitätspakts (dumm, weil starr) vorgeworfen, europäisches Recht zu diffamieren.

Bleiben Sie dabei?

Hans-Gert Pöttering: Ja, ich bleibe absolut bei meiner Auffassung. Es war ein Armutszeugnis, was der Kommissionspräsident vor den Europa-Parlamentariern, geliefert hat. Es ist sehr deutlich geworden, dass der zuständige Kommissar Solbes, der nicht unserer Parteienfamilie

angehört, sondern zur sozialistischen Familie gehört, in der Sache einen anderen Ton als Prodi angeschlagen hat. Solbes hat an den Stabilitätskriterien festgehalten. Deswegen haben wir ihn auch unterstützt, weil es uns dabei nicht um eine parteipolitische Frage geht, sondern um die Substanz. Das Vertrauensverhältnis zum Präsidenten der Kommission ist stark angeschlagen.

Wie stark angeschlagen darf es sein, bis das Europa-Parlament irgendetwas tut, um den Präsidenten zu entmachten?

Pöttering: Wir sind als EVP-Fraktion die stärkste Fraktion im Europäischen Parlament, aber wir haben nicht die Mehrheit. Wir denken zu diesem Zeitpunkt nicht an ein Misstrauensvotum, aber wenn sich solche Dinge wiederholen, wie die Erklärung von Herrn Prodi zum Stabilitätspakt, dann könnte das Vertrauen gegen Null tendieren, und dann würde man sich irgendwann diese Frage stellen müssen.

Gibt es eigentlich noch etwas Schärferes, als in

der gegenwärtigen Lage den Stabilitätspakt derartig herunterzureden?

Pöttering: Nein, das ist schon ein sehr schwerwiegender Vorgang. Der Stabilitätspakt lässt heute schon eine gewisse Flexibilität zu; das heißt, man kann in schlechten wirtschaftlichen Zeiten bis zu einer Verschuldung von drei Prozent des Bruttosozialprodukts gehen. Aber in wirtschaftlich guten Zeiten muss man eben auch einen ausgeglichenen Haushalt haben und die Schulden zurückfahren. Wenn man eine neue Schulden-Politik beginnt, dann bedeutet das, dass die Zinsen steigen. Wenn die Zinsen steigen, wird es schwieriger für unsere Unternehmen zu investieren. Wenn weniger investiert wird, dann steigt die Arbeitslosigkeit.

Die Drei-Prozent-Regelung bezog sich auf wirtschaftliche Friedenszeiten. Nun sind die Verhältnisse nicht mehr so. Weshalb muss dennoch um jeden Preis daran festgehalten werden? Ist das nicht realitätsfern?

Pöttering: Nein, es ist überhaupt nicht realitätsfern, weil eine zunehmende Verschuldenspolitik am Ende niemandem nützt. Die Schulden müssen zurückgezahlt werden. Wenn Sie mehr Schulden machen, dann fehlt natürlich das Geld für Investitionen. Wenn der Staat einen immer größeren Schuldendienst bedienen muss, dann ist am Ende für produktive Investitionen das Geld nicht mehr da. Man lebt auf Pump, man lebt auf Kosten der Zukunft. Ich halte das auch für unmoralisch, weil nämlich dann die junge Generation von heute morgen die Schulden zurückbezahlen muss. Ein anderer Gesichtspunkt ist: Die europäische Währung ist eine junge Währung. Sie muss sich auf den Weltmärkten behaupten, gerade auch gegenüber dem amerikanischen Dollar. Jede Einschränkung des Vertrauens ist schlecht für sie.

Wir brauchen jetzt eine starke europäische Kommission. Wir sind in den schwierigen Abschlussverhandlungen

über den Beitritt Polens und anderer Länder zur Europäischen Union. Wir haben die schwierigen Verhandlungen im Konvent über eine europäische Verfassung. Deswegen wollen wir keine Krise. Aber diese Krise wird natürlich ein Stück durch solche Äußerungen von Kommissionspräsident Prodi selber produziert. Wenn er fordert, es müsse eine starke europäische Autorität geben, um die Fragen mit dem Stabilitätspakt zu regeln, dann muss man ihm sagen: Eine starke Autorität schafft man nicht dadurch, dass man die Autorität und die Glaubwürdigkeit in die Kommission schwächt.

Soll das Europa-Parlament künftig den Kommissionspräsidenten mit wählen, an allen Gesetzesentscheidungen beteiligt sein, ein volles Haushaltsrecht haben?

Pöttering: Wir hatten bei der letzten Europa-Wahl 1999 einen starken Stimmenzuwachs für die Christ-



Auf Kosten der Zukunft leben, ist unmoralisch, weil die junge Generation von heute morgen die Schulden zurück bezahlen muss.

demokraten in Europa. Man hat uns dann eine Kommission von Seiten der Staats- und Regierungschefs vorgeschlagen, die nicht dem Ergebnis der Europa-Wahl entsprach. Nun will ich nicht erreichen, dass die Kommission genau identisch mit dem Ergebnis der Europa-Wahl ist, man wird auch immer eine gewisse Ausgeglichenheit zwischen den politischen Parteien brauchen. Aber das Ergebnis der Europa-Wahl muss sich natürlich auch in der Zusammensetzung der Kommission widerspiegeln, so dass wir jetzt für die Zukunft erwarten, dass das Stimmenergebnis bei den Europa-Wahlen sich auch für die Zusammensetzung der Kommission berücksichtigen lässt.

WOLFGANG SCHÄUBLE: Schröders Europapolitik hat jede Glaubwürdigkeit verloren. Mit dem Versuch, den Stabilitätspakt aufzuweichen, um die eigene haushaltspolitische Haut zu retten, fügt der Kanzler Deutschland und Europa erneut schweren Schaden zu.

FRIEDRICH MERZ: Jedes Mitgliedsland ist für solide Finanzen und ausreichendes Wirtschaftswachstum der ganzen Gemeinschaft verantwortlich. Die Kommission ist jetzt aufgefordert, ihren Aufgaben nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt nachzukommen.

Philipp Mißfelder löst im **Vorsitz** Hildegard Müller ab

Kein Schmusekurs

In seiner Antrittsrede kündigte der neue Bundesvorsitzende einen Kurs an, den die „Junge Union zu neuen Stärken führen“ solle. „Unser Verband muss wieder zum Motor der beiden Mutterparteien werden“, forderte Mißfelder und verwies darauf, dass die Union das Lebensgefühl junger Menschen „stärker als bisher aufnehmen“ müsse. Seine Generation beschreibt er mit den Worten: „Wir sind die ersten, die all das erfüllen müssen, was bisher nur in Sonntagsreden gepredigt wurde: Häufig den Arbeitsplatz wechseln, lebenslang lernen, flexibel sein und Eigenverantwortung beweisen. Das alles vor dem Hintergrund eines Generationenvertrages, der nur noch heute und für die ältere Generation erfüllt werden kann.“ Mißfelder will das Profil seines Verbandes schärfen, die Verjüngung der Jungen Union vorantreiben und so den Verband für Neumitglieder attraktiver gestalten.



Foto: Niemann

Vom 18. bis 20. Oktober trafen sich etwa 700 Delegierte und Gäste zum Deutschlandtag der Jungen Union in der Stadthalle in Düsseldorf. Das höchste Gremium des größten politischen Jugendverbandes in Europa sah sich in diesem Jahr einem besonders großen Interesse der Öffentlichkeit ausgesetzt:

Die Neuwahlen zum Bundesvorstand haben den sich im Vorfeld abzeichnenden Generationswechsel an der Spitze der christdemokratischen Jugend bestätigt. Denn die langjährige Vorsitzende

Hildegard Müller (Bundesvorsitzende der Jahre 1998 – 2002) stand altersbedingt für eine erneute Amtszeit nicht mehr zur Verfügung. So wurde mit über 80 Prozent der gültigen Stimmen der 23-jährige Philipp Mißfelder aus dem Landesverband (LV) Nordrhein-Westfalen zum neuen und – in der Geschichte der Jungen Union – jüngsten Bundesvorsitzenden gewählt. Selbst der spätere Bundesminister Matthias Wissmann, der den Vorsitz 1973 für zehn Jahre übernahm, war einige Monate älter.



Foto: Ossenbrink

Runder Rahmen

Zu den Höhepunkten des Programms zählten die Redebeiträge der CDU- und Fraktionschefin Angela Merkel, die die Junge Union zur Repräsentation der weiblichen Bevölkerung ermahnte, und des CSU-Landesgruppenchefs Michael Glos, der die Pläne des rot-grünen Bundeskabinetts scharf attackierte. Die Riege der Referenten (zum programmatischen Schwerpunkt „Politik mit Kompass – Wissen wie, wissen warum“) eröffnete der Mitautor der 14. Shell-Jugendstudie, Dr. Thomas Gensicke, der seine Beobachtungen und den Trend der Werte-Entwicklung bei Jugendlichen beleuchtete. Mit seinen rheinisch-philosophi-

schen Ausführungen um den Fit- und Wellnesswahn fesselte Theologe, Philosoph, Humanmediziner und Chefarzt des Kölner Alexianer-Krankenhauses Dr. Manfred Lütz seine Zuhörer, und in seinem „Plädoyer für mehr Zivilcourage“ warb Klaus Kelle, stellv. Redaktionsleiter der Bild-Zeitung NRW, für den Erhalt christlicher Werte auch und insbesondere in boulevardesken Tageszeitungen.

Neun neue BuVos

Neben Mißfelder wurden zu weiteren Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes die stellvertretenden Bundesvorsitzenden (in der Reihenfolge des Wahlergebnisses) Thomas Fürst (LV Bayern), André Stolz (LV Hessen), Marcus Klein (LV Rheinland-Pfalz), Johannes Pöttering (LV Niedersachsen) und Daniel Walther (LV Brandenburg), der bei seiner Wahl zum Bundesschatzmeister ein Ergebnis von über 90 Prozent für sich verbuchen konnte, gewählt. Die 13 Beisitzerinnen und Beisitzer des Bundesvorstandes sind (in der Reihenfolge des Wahlergebnisses) Carolin Opel, Nadine Pallas (beide LV Bayern; auf sie fielen

gleich viele Stimmanteile), Astrid Jantz (LV Berlin), Sascha Drescher, Christian Kremer (beide LV NRW), Dr. Christoph Israng (LV Bayern), Matthias Präfroch (LV Baden-Württemberg), Heiko Rottmann (LV NRW), Konstantin Schwab (LV Baden-Württemberg) und Tom Zeller (LV Hessen). In einem zweiten Wahlgang wurden Sven Spielvogel (LV Sachsen), Malte Steckmeister (LV Schleswig-Holstein) und Jan-Hendrik Klaps (LV Oldenburg) gewählt.

Die Beratungen zur Verabschiedung des Leitantes „Politik mit Kompass – Wissen wie, wissen warum“ wurden – wie vorgesehen – während des Deutschlandtages abgeschlossen.

Wenn man Wirtschaft und Politik Kombiniert, fällt schnell der Name **Lothar Späth**. Anlässlich seiner Mitwirkung als Referent am Deutschlandtag der Jungen Union in Düsseldorf sprach Späth mit dem Leiter für Informations- und Kommunikationssysteme der ZDF.newmedia, Gregor J. Mayer. Das gesamte Interview lesen Sie in der November-Ausgabe der

ENTSCHEIDUNG

REGIERUNGS-
ERKLÄRUNGBeinahe schon eine
Unverschämtheit

Die Lustlosigkeit, mit der der Bundeskanzler seine Regierungserklärung vor der deutschen Öffentlichkeit herunterrasselte, war schon beinahe eine Unverschämtheit. Eine Visitenkarte hätte es sein sollen. Herausgekommen ist eine Rede ohne Punkt und Komma, ein Sammelsurium aus bekannten Allgemeinplätzen und übernommenen Textbausteinen. Mit dieser Rede bestätigte der Kanzler den Eindruck: Rot-Grün hat zwar gewonnen, weiß aber wenig damit anzufangen. Es fehlte an Herzblut, es mangelte an aufrüttelnden Worten. Es wurde nichts mit der Erklärung für diverse Ungereimtheiten aus dem Koalitionsvertrag. Der verpatzten Generalprobe folgte die misslungene Premiere. Es ist leider so: Wir werden weiter unter unserem Niveau regiert.

Leipziger Volkszeitung

KOALITION

Lähmung und schleichende Depression

Die Stimmung ist im Keller. Der großen Sommerflut ist die erst nach der Wahl offene Kassenebbe gefolgt. Anders aber als gegenüber der Naturkatastrophe zeigt Deutschland im Herbst angesichts einer aus eigener Kraft bezähmbaren Krise kein selbstbewusstes, kein trotzendes Aufbruchgefühl. Es wird nirgends in die Hände gespuckt, niemand steigert mal rasch das Bruttosozialprodukt. Erklärlich: Natürlich sind viele Wähler enttäuscht über den zweiten Anlauf der rot-grünen Bundesregierung. Deren hektisch wirkende Spar- und Steuerpolitik, das Hin und Her zwischen beschlossenen und flugs wieder aufgehobenen Finanzplänen erzeugt weder Opfermut noch Opferwut. Genau das ist bezeichnend. Es herrscht Lähmung im Land, ja sogar schleichende Depression.

Der Tagesspiegel

Die Demontage Eichels
setzt sich fort

Haben Sie Katzen, Hunde oder Kanarienvögel? Dann dürfen Sie sich weiter über den Koalitionsvertrag freuen, denn der reduzierte Mehrwertsteuersatz fürs Futter bleibt. Kaufen Sie aber Schnittblumen, sammeln Sie alte Möbel: Pech gehabt. Der Steuersatz steigt. Erst recht mehr zahlen soll, wer mit dem Dienstwagen in den Urlaub fährt, an der Börse erfolgreich spekuliert oder auf dem Gasherd kocht. Aber abwarten! Nichts ist sicher. Lange haben sie getüftelt, die Sparkommissare des Finanzministers. Von ihren zahllosen kleinlichen Sparvorschlägen wollten die Koalitionäre nur die übernehmen, bei denen geringer Widerstand zu erwarten war. Schon zehn Tage nach dem Ende der Koalitionsrunden wird munter an der Streichliste herumgestrichen. Die Koalition hat sich verzettelt. Weil hinter allem kein Konzept erkennbar ist, lässt sich jeder einzelne Punkt mit



Aussicht auf Erfolg angreifen. Und die Demontage des Finanzministers setzt sich derweil fort.

Süddeutsche Zeitung

KONJUNKTUR

Herr Bundeskanzler, wachen Sie endlich auf!

Nach den jüngsten Gutachten der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute blieb Wirtschaftsminister Clement nichts anderes übrig, als jetzt auch die offizielle Wachstumsprognose der Regierung für das Bruttoinlandprodukt kräftig nach unten zu revidieren. Nur 1,5 Prozent Wachstum wird es also Clement zufolge geben. Berücksichtigt man die Inflation, ist das praktisch Stillstand. Sollte es zutreffen, das Schröder bis zuletzt wider besseres Wissen an seiner Prognose von zwei Prozent für 2003 festhalten wollte, dann wäre das ein kleiner Skandal. Dann hätte er damit versucht, Produzenten, Händ-

ler und Konsumenten glatt in die Irre zu führen. Mit ihrer reduzierten Wachstumsprognose stellt sich die Regierung jetzt selbst ein vernichtendes Zeugnis für ihre eigene Wirtschaftspolitik aus. Ihr Sparpaket, das räumt sie damit indirekt ein, wird alles andere als neue Wachstumsimpulse auslösen. Die schlimmste Folge dieser fatalen Weichenstellung: durchschnittlich 4,1 Millionen Arbeitslose – nicht nur in diesem, sondern auch im nächsten Jahr. Herr Schröder, wachen Sie endlich auf!

Berliner Zeitung

RENTEN

Rot-Grün hat die Wähler schamlos belogen

Es führt kein Weg daran vorbei: Diese Regierung hat die Wähler schamlos belogen. Bis zum Tag der Wahl wollte sie die 16 Millionen Rentenversicherten Glauben machen, eine Erhöhung des Rentenbeitrags von 19,1

DIE STIMMUNG in der deutschen Wirtschaft hat sich weiter verschlechtert. Der aktuelle Geschäftsklima-Index des **ifo-Instituts**: Absacken der Zuversicht von 88,2 auf 87,7 Punkte in Westdeutschland, von 98,5 auf 97,9 Punkte in Ostdeutschland.

auf 19,3 Prozent werde reichen, um die Alterskassen über die Klippen der schwächelnden Konjunktur zu bringen. Nach den Koalitionsverhandlungen kam die Katze aus dem Sack. Um 13 Prozent erhöht sie nun zusätzlich die Rentenbeiträge der rund 1,5 Millionen Besserverdiener, indem sie mit einem Federstrich die Grenze anhebt, bis zu der diese Beitragszahler Beiträge von ihrem Einkommen zahlen müssen. Damit trifft sie nicht nur die Arbeitnehmer, die bislang schon das meiste zur Finanzierung des Staats und der Sozialkassen beitrugen. Sie entmutigt auch systematisch die Bereitschaft, private Vorsorge zu treiben.

Handelsblatt

Bei Integrationspolitik **läuft** Rot-Grün der hessischen Entwicklung **hinterher**

Als „längst überfälligen Schritt, mit dem eine Anlehnung an das hessische Vorbild erfolgt“, hat Sozialministerin Silke Lautenschläger die Berufung einer Integrationsbeauftragten der Bundesregierung anstatt einer Ausländerbeauftragten und die Setzung der Integrationspolitik als politischen Schwerpunkt bezeichnet, die in der rot-grünen Koalitionsvereinbarung vorgesehen sind.

„Endlich erhält die Integration der dauerhaft und rechtmäßig bei uns lebenden Zuwanderer einen Stellenwert. Endlich erkennt Rot-Grün die Eingliederungsprobleme an, die durch die Zuwanderung entstehen und



Silke Lautenschläger: Der Kurswechsel in Berlin ist überfällig

im Interesse des sozialen Friedens dringend einer Lösung bedürfen.“ Rot-Grün habe sich in den vergangenen vier Jahren auf das Zuwanderungsgesetz beschränkt, anstatt inhaltlich und finanziell auf das Thema Integration zu setzen.

Die rot-grüne Bundesregierung laufe nun einer Entwicklung hinterher, die in Hessen schon vor vier Jahren

mit dem Regierungswechsel eingeleitet worden sei. Die Landesregierung habe hiermit bundesweit eine Vorreiterrolle eingenommen. Sie praktiziere erfolgreich eine aktive, ganzheitliche Integrationspolitik, die Zuwanderer und Einheimische einbeziehe, um gemeinsam Lösungen zu finden. Sie habe ein entsprechendes Integrationskonzept erstellt, eine Integrationsabteilung im Sozialministerium und einen Integrationsbeirat eingerichtet, dem Vertreter deutscher und nicht deutscher Herkunft aus Arbeitswelt, den Bereichen Religion, Wissenschaft, Bildung und Ausbildung, soziales Leben, Kultur, Medien und die kommunale Ebene angehören.

CHRISTIAN WULFF:

Dank für **vorbildliche** Verdienste um den Nächsten

80 Bürgerinnen und Bürger aus Niedersachsen sind vom Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Landtag, Christian Wulff, für ihr soziales Engagement und ihre Verdienste um den Nächsten ausgezeichnet worden. „Wir wollen Dank sagen für Ihr selbstloses Engagement zum Wohle von Menschen, die Hilfe, Unterstützung, Begleitung und Betreuung brauchen.“ Wulff: „Ich möchte heute dafür

werben, die ehrenamtliche Arbeit zu stärken, weil sie ein Kernelement einer humanen Gesellschaft ist, einer aktiven Bürgergesellschaft, ohne die unsere Demokratie kein lebenswertes Gemeinwesen wäre.“ – Etwa 12 Millionen Menschen oder 18 % der Bevölkerung sind bei den Kirchen, im Sport, in Initiativen und Selbsthilfegruppen sowie bei Wohlfahrtsverbänden tätig.

Christlich-Demokratische Arbeitnehmer-schaft und Frauen-Union **im Netz**

Nachdem unter der Leitung ihrer Vorsitzenden Rainer Bensch und Anne-dore Windler die beiden Vereinigungen in den vergangenen Monaten harte Arbeit geleistet haben, wurde jetzt der Startschuss für die neuen Online-Auftritte gegeben.

Die CDA Bremen als Sozialflügel der Bremer CDU präsentiert nun unter <http://www.cda-bremen.de> auch online ihre Grundsätze in klarem Design und überzeugt durch inhaltliche Kompetenz. Unter dem Motto: „Spaß im Job“ bietet die Präsenz mit Rubriken wie Information, Aktuelles und Service einen Mehrwert für jeden. Im zweiten Entwicklungsschritt soll der

Bereich für Arbeitsuchende über die vorhandenen Links hinaus zu einer Jobbörse ausgebaut werden.



Permanente Aktualität

Die zielgruppenorientierte Präsenz der Frauen-Union Bremen besticht durch ihr lebendiges Design. Analog zur CDA Bremen basiert die komplette Präsenz unter <http://www.fu-bremen.de> auf einem vollständigen Redaktionssystem, über welches permanente Aktualität gewährleistet wird. Besonders hervorzuheben ist das aufwendig gestaltete Lexikon, mittels dessen politische Fachtermini auch für Laien kein

„Chinesisch“ bleiben müssen. Auf der Homepage ist es mittels fortschrittlichster Technologien überdies möglich, im Rahmen eines Parteientests zu überprüfen, in welches politische Lager die eigene Meinung einzuordnen ist.

Samt dieser beiden Internetauftritte werden der Bremer CDU mit Fokus auf die Bürgerschaftswahl im Jahre 2003 zehn professionelle Online-Plattformen zur Verfügung stehen. Zur Bündelung und ergänzend zur eigentlichen Internetpräsenz der CDU Bremen unter <http://www.cdu-bremen.de> ist zudem der Start eines Wahlportals geplant. Im Rahmen dessen soll erstmals fast ausschließlich der Service für den Bürger im Vordergrund stehen.

Die Projekte werden von der Bipam Bremen GmbH betreut, die maßgeschneiderte, individuelle Kommunikationslösungen konzipiert. Im Segment „Internet und Politik“ positioniert sich das Unternehmen als bundesweites Kompetenzzentrum und gehört somit zum Kreis der Experten für internetbasierte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. 

EINE „AKTION TEILEN“ führt die Senioren Union nach einem einstimmigen Beschluss am 21. Oktober für die Opfer der Flutkatastrophe durch. Danach sollen die Landesverbände für jeweils einen besonders schwer betroffenen Kreis in Sachsen und Sachsen-Anhalt die Patenschaft für die Wiederherstellung zerstörter oder beschädigter Einrichtungen übernehmen. Gedacht ist z.B. an konkrete Hilfe in Form von Spenden für Objekte der Jugend- und Altenpflege. Für den Kreis Muldentale hat der Landesverband Baden-Württemberg, für die Sächsische Schweiz Nordrhein-Westfalen die Patenschaft bereits übernommen.  **Ansprechpartner für die Aktion: Oskar Pahnke, Felsental 17a, 58093 Hagen, Fax: 02331 / 59 11 41**



Union Betriebs Gm
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Po
Entgelt bezahlt.

ABO 2600-2-60062 KV 1239 508
G 8398

Rita Tüpper M.A.
" Die Politische Meinung "
Rathausallee 12

53732 Sankt Augustin



Aufkleber „Jammert mir nichts vor, ich habe CDU gewählt.“

Bestell-Nummer: 9513
Preis je 100 Stück: 7,67 €
inkl. MwSt.: 8,90 €

+ Tasse „Jammert mir nichts vor, ich habe CDU gewählt.“

Bestell-Nummer: 9514
Preis je 6 Stück: 14,10 €
inkl. MwSt.: 16,36 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162,33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Die Preise in den Klammern sind inkl. 7% bzw. 16% MwSt.
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.